

19/1996

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Demonstrationen schaffen keine neuen Arbeitsplätze

Nach der Großdemonstration der Gewerkschaften am 15. Juni in Bonn erklärte der Bundeskanzler, er werde am beschlossenen Kurs festhalten. Anlässlich einer Veranstaltung in München sagte er, wer nichts anderes im Sinne habe als die Verteidigung seiner Besitzstände, verspiele die Zukunft Deutschlands. In einer in Bonn der Presse übergebenen Erklärung des Kanzlers heißt es:

Demonstrationen schaffen keine Arbeitsplätze. Mit Ankündigungen eines „heißen Sommers“ ist keinem einzigen Arbeitslosen geholfen. Rund 4 Mio. Arbeitslose in Deutschland sind eine Herausforderung für alle, die beschäftigungspolitische Verantwortung tragen: Tarifparteien, Unternehmer und Politik. Krampfhaftes Festhalten am Status quo gefährdet die wirtschaftliche und soziale Zukunft unseres Landes.

Die notwendigen Maßnahmen dulden keinen Aufschub. Wenn heute nicht gehandelt wird, erzwingt der zunehmende internationale Wettbewerb morgen um so schmerzhaftere Einschnitte. Wir haben die Wahl: Entweder wir zeigen jetzt Mut zur Zukunftsgestaltung oder wir werden von der weltwirtschaftlichen Entwicklung überrollt.

Mehr Arbeitsplätze lassen sich nicht erstreiken, sie müssen erwirtschaftet werden. Der Sozialstaat läßt

Fortsetzung auf Seite 2

HEUTE AKTUELL

- **Peter Hintze**
Die Ökologische und Soziale Marktwirtschaft fördern. Seite 3
- **Norbert Blüm**
Für eine moderne und effiziente Arbeitsmarktpolitik. Seite 5
- **Gemeinden**
SPD-Blockadepolitik schadet den Kommunalfinanzen. Seite 7
- **Helmut Kohl**
Die Opfer des 17. Juni dürfen nicht vergessen werden. Seite 13
- **CDU**
Berichte von den Landesparteitagen der NRW-CDU, der CDU in Niedersachsen und der Hessen-Union. Seite 17
- **Öffentlichkeitsarbeit**
Neue Werbemittel zum Familiensommer und zu den Schulferien. Seite 23/24

DOKUMENTATION

Mehr Freiheit bei den Laden-schlußzeiten. Grüner Teil

Hörster: Guter Start für „www.cdusu.bundestag.de“

Zweieinhalb Monate nach dem Start des Informationsangebotes der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im „World Wide Web“ (WWW) des Internet zieht der 1. Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Joachim Hörster, eine erste Zwischenbilanz:

Das Informationsangebot der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im WWW – erreichbar unter der Kennung (URL) <http://cdusu.bundestag.de> – wird von den Teilnehmern des weltweiten Computernetzwerks gut angenommen. In den zweieinhalb Monaten seit dem Start wurden mehr als 140.000 Zugriffe (Hits) registriert. Die Tendenz ist steigend: Im zweiten Betriebsmonat verzeichnete der WWW-Server gut 28 Prozent mehr Zugriffe gegenüber dem ersten Betriebsmonat.

Aufmachung und Inhalt des WWW-Servers werden von der Fachwelt positiv bewertet. So stand „cdusu.bundestag.de“ im Mai auf Platz 2 der „Top-Ten“-Liste von „Spiegel online“. Als vorteilhaft beschrieb „Spiegel on-

line“ die kurze Ladezeit der CDU/CSU-Startseite (Homepage). Besonders häufig angewählt wurden die Seiten mit Informationen über die Abgeordneten, das alphabetische Verzeichnis der politischen Themen nach Arbeitsgruppen sowie ein Ende April eingerichtetes Verzeichnis mit Materialien und Argumenten zum „Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung“. Letzteres ist von der Startseite aus über einen anklickbaren Button „Aktuelles Aktionsprogramm“ direkt erreichbar. Sogar in den Nachtstunden wurde das Informationsangebot recht intensiv genutzt.

Rund 70 Prozent der Nutzer wählten sich von Computern in Deutschland ein. Der Rest entfiel auf private und kommerzielle Nutzer aus dem europäischen und außereuropäischen Ausland, darunter Anrufer aus Japan, Australien, Kuwait, Neuseeland, Singapur, Brasilien, Thailand, Uganda und Taiwan.

Intensiv genutzt wird auch die Möglichkeit, der Fraktion per E-Mail Fragen und Mitteilungen zu übermitteln.

Fortsetzung von Seite 1

sich nicht durch markige Sprüche und lautstarke Proteste sichern, sondern nur durch eine leistungsfähige Volkswirtschaft. Seine Finanzierung darf Unternehmer und Arbeitnehmer nicht überfordern. Vor allem dürfen die Arbeitsplätze nicht mit beschäftigungsfeindlich hohen Lohnzusatzkosten belastet werden.

Der soziale Friede in unserem Land ist kostbar. Er wird nicht durch diejenigen ge-

fährdet, die den Sozialstaat mit Reformen sichern, sondern durch diejenigen, die sich notwendigen Reformen verweigern und sich protestierend ins Abseits begeben.

Bundesregierung und Koalitionsfraktionen tun ihre Pflicht. Wir werden das, was nach unserer Überzeugung im Interesse unseres Landes liegt, durchsetzen. Ich rufe Gewerkschaften und Verbände auf, sich mit Vernunft, Augenmaß und Kompromißbereitschaft an den notwendigen Veränderungen in unserem Land zu beteiligen. ■

Zur DGB-Demonstration:

Peter Hintze: Die Ökologische und Soziale Marktwirtschaft stärken

Die Demonstration des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Bonn ist ohne größeren Widerhall geblieben. Die große Mehrheit der Bevölkerung teilt mit uns die Überzeugung, daß wir jetzt einen Beitrag leisten müssen, um den Anstieg der Sozialkosten zu dämpfen und zu flexibleren Regelungen zu kommen. Nur auf diese Weise kann der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit gewonnen werden.

Das Zukunftspaket der Bundesregierung für mehr Wachstum und Beschäftigung ist die zeitgerechte Antwort auf eine weltweit zutiefst veränderte wirtschaftliche Lage. Der Weg, den wir gehen wollen, ist nicht bequem, aber er ist der einzig richtige. Nur wenn wir den Mut zu Veränderungen haben, können wir unsere Zukunft sichern.

Die Gewerkschaften und auch die SPD lassen den erforderlichen Mut vermissen. Sie sind Strukturkonservative in des Wortes schlechtester Bedeutung; ihre Politik reduziert sich auf den Satz: Es soll alles so bleiben wie es ist!

Was wir jetzt dringend brauchen, sind eine Stärkung unseres Wachstums und neue Beschäftigungschancen. Man kann es drehen und wenden wie man will: dazu muß der Staat sparen, sonst reißt das Netz, das uns bisher soziale Sicherheit gegeben hat. Dazu müssen wir den Anstieg der Arbeitskosten senken, sonst nimmt unsere Wettbewerbsfähigkeit weiter ab mit allen schlimmen Folgen für den Arbeitsmarkt. Die CDU wird das Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung jetzt Zug um Zug umsetzen.

Der von den Gewerkschaftsorganisationen für viel Geld inszenierte Massenaufmarsch kann nicht von der Tatsache ablenken, daß weder der DGB noch die ihm im taktischen Schulterschuß verbundene SPD realistische Alternativen zum Programm der Bundesregierung vorzuweisen haben. Mit solchen historisch längst überholten Kampfritualen versucht der DGB Eigenwerbung zu betreiben, um seine horrenden Mitgliederverluste zu stoppen – die Herausforderungen der Zukunft können damit nicht bewältigt werden.

Die Hamburger evangelische Bischöfin Maria Jepsen hat mit ihrem Auftritt auf der Kundgebung die Grenzen ihres kirchlichen Auftrages verletzt. Ihre Rede war alles andere als ein Beitrag zur Stärkung des sozialen Friedens in unserem Lande. Sie hat Emotionen geschürt und damit auch der fachlichen Kompetenz der Kirchen geschadet.

SPD konzeptlos

Die SPD ist führungs- und konzeptlos. Sie ist tief gespalten. Erst stimmte die SPD-Fraktion für eine Erhöhung des Solidaritätszuschlages auf höhere Einkommen; dann spricht sich der SPD-Vorsitzende Lafontaine im Deutschlandfunk gegen eine solche Erhöhung aus. Das ist Finanzpolitik nach dem Motto „Rein in die Kartoffeln – raus aus den Kartoffeln“!

Lohnfortzahlung

Die deutsche Regelung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall ist einzigartig in

Europa. Kein anderes Land kann sich das leisten. Wir Deutschen im Grunde auch nicht! Fehlzeiten im Betrieb sind ein großer Kostenfaktor. Wenn künftig ein Arbeitnehmer pro Woche Krankheit auf einen Urlaubstag verzichten soll, dann ist das zumutbar. Selbst wenn dann ein Arbeitnehmer sechs Wochen krank wäre, hätte er immer noch mehr Urlaub als seine Kolleginnen und Kollegen in Europa, Japan und den USA.

Kündigungsschutz

Neue Arbeitsplätze werden in Zukunft gerade in kleinen Betrieben entstehen. Heute greift das Kündigungsschutzgesetz ab sechs Mitarbeitern. Künftig soll diese Grenze erhöht werden, damit nicht dort, wo die größten Einstellungschancen bestehen, eine gesetzliche Regelung als Einstellungsbremse wirkt. Wir wollen den Unternehmern die Entscheidung für die Neueinstellung von Mitarbeitern erleichtern. Dadurch können zugleich Überstunden abgebaut werden.

Renteneintrittsalter

Unsere Gesellschaft hat sich verändert: Es gibt immer mehr ältere Menschen, und immer weniger Jüngere finanzieren die Alterssicherungssysteme. Die Rente kann unter diesen Gegebenheiten nur sicher bleiben, wenn wir jetzt Anpassungen vornehmen. Dies wird in behutsamen Schritten erfolgen. Die Alternative wäre: höhere Lohnnebenkosten, geringere Wettbewerbsfähigkeit, mehr Arbeitslosigkeit. Niemand kann das wollen!

Sparprogramm der Länder

Ich fordere die SPD-regierten Länder auf, ihren Sparversprechungen auch konkrete Taten folgen zu lassen. Bund und Länder müssen jeweils mindestens 25 Mrd. DM stemmen, damit das notwendige Einsparziel erreicht wird.

Wenn wir uns die Sicherheit des Sozialstaates auch im 21. Jahrhundert erhalten wollen, müssen wir jetzt die Voraussetzungen dafür schaffen. Nur wer den Kostenanstieg der Sozialsysteme dämpft, wird ihre Wirksamkeit für die Menschen auf Dauer sichern können.

Lamfalussy hält Euro für Jobretter

Die geplante Eurowährung wird in Deutschland nach Ansicht von EWI-Präsident Alexandre Lamfalussy viele Arbeitsplätze retten.

„Ich sage nicht, daß der Euro neue Jobs schafft. Aber: Er bewahrt Deutschland davor, daß weiterhin so viele Arbeitsplätze verlorengehen“, sagte Lamfalussy der Wochenzeitung „Rheinischer Merkur“. Besonders kleine und mittlere Unternehmen würden von der Abschaffung der nationalen Währungen in der EU profitieren.

Aus heutiger Sicht sei es nicht unrealistisch, daß Deutschland und Frank-

reich die Konvergenzkriterien zum Eintritt in die Währungsunion erfüllen, fügte der Präsident des Europäischen Währungsinstituts (EWI) hinzu. Ohne diesen beiden Länder werde das Projekt kaum umgesetzt werden.

Dennoch erteilte Lamfalussy einer in jüngster Zeit immer häufiger geforderten Fristverlängerung eine klare Absage. „Ich kenne keine Regierung, die jetzt mit Sparmaßnahmen begönne, wenn sie noch fünf Jahre Zeit hätte.“

Anfang 1998 soll anhand des Zustands der Staatsfinanzen festgelegt werden, welche Länder 1999 bei der Währungsunion dabei sein dürfen.

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm:

Für eine moderne und effiziente Arbeitsmarktpolitik

Das Bundeskabinett hat am 12. Juni den Entwurf eines Gesetzes zur Reform der Arbeitsförderung (Arbeitsförderungs-Reformgesetz/AFRG) beschlossen. Dazu erklärte Bundesarbeitsminister Norbert Blüm:

Mit dieser Reform zeigt die Bundesregierung erneut ihren entschlossenen Willen, Staat, Gesellschaft und Wirtschaft zu modernisieren und für die Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft zu wappnen. Das Recht der Arbeitslosenförderung wird übersichtlicher und praktikabler gemacht. Die Instrumente der Arbeitsförderung werden so gestaltet, daß aus eher passiver Reaktion gestalterische, aktive Arbeitsvermittlung wird. Um Effizienz und Kreativität zu steigern, werden Entscheidungskompetenz und Verantwortung nach unten zu den Arbeitsämtern vor Ort verlagert. Mehr Dynamik, mehr Effizienz und mehr Sparsamkeit in der Arbeitslosenversicherung und Arbeitsmarktpolitik – das sind die ehrgeizigen Ziele dieser Reform.

Mit dem Gesetzentwurf wird ein weiteres wichtiges Reformvorhaben aus der Koalitionsvereinbarung und aus dem Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung auf den Weg gebracht. Der Gesetzentwurf baut auf den 34 Eckpunkten auf, die eine Arbeitsgruppe der Koalition im Februar beschlossen hatte.

Dazu wird das Arbeitsförderungsgesetz, das durch zahlreiche Novellen und punktuelle Veränderungen unübersichtlich und kaum noch lesbar geworden war, völlig

neu geschrieben. Das Recht der Arbeitslosenversicherung wird damit als letzter Zweig unseres sozialen Sicherungssystem kodifiziert und in das Sozialgesetzbuch eingegliedert.

Vorrangiges Ziel bleibt, die Chancen des einzelnen Arbeitnehmers auf dem Arbeits-

Bundeskabinett hat Gesetzentwurf zur Reform der Arbeitsförderung beschlossen

markt zu verbessern und ihm bei drohender oder eingetretener Arbeitslosigkeit die individuell erforderlichen Hilfen zu vermitteln. Dazu ist die Mitwirkung der Betriebe und Unternehmen, aber auch des einzelnen betroffenen Arbeitnehmers notwendig.

Die arbeitsmarktpolitischen Instrumente werden einfacher und flexibler gestaltet. Die durch immer weitere gesetzliche Detailregelungen und die zahlreichen Nürnberger Anordnungen entstandene zentralistische Regeldichte wird aufgesprengt durch eine Verlagerung der Entscheidungsverantwortung an die Basis der Arbeitsämter. Dazu gehört, daß das einzelne Arbeitsamt einen Eingliederungs-Etat erhält, daß ein Teil der arbeitsmarktpolitischen Mittel für neue Instrumente und Wege erprobt werden können (Innovations-Topf) und daß die Arbeitsämter jährlich öffentlich eine Arbeitsmarkt-Bilanz vorlegen müssen. So soll der Nutzen der eingesetzten Mittel optimiert werden.

Im einzelnen enthält der Gesetzentwurf folgende Regelungen und Vorschläge:

1. Verbesserung der Erwerbschancen von Arbeitslosen und Hilfen zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit:

Dazu werden die Einsatzmöglichkeiten des vorhandenen und bewährten Instrumentariums des Arbeitsförderungsgesetzes verbessert (Beratung und Vermittlung, Förderung der Berufsausbildung und beruflichen Weiterbildung, Kurzarbeitergeld, Eingliederungszuschüsse, Förderung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Strukturanpassungsmaßnahmen u. a.). Außerdem werden neue Instrumente eingeführt: Trainingsmaßnahmen, Einstellungszuschuß bei Neugründungen, Eingliederungsvertrag für Langzeitarbeitslose und freie Förderung über einen „Innovationstopf“ bei den einzelnen Arbeitsämtern.

2. Weiterentwicklung und Verbesserung der Anwendbarkeit des Arbeitsförderungsrechts:

Das Arbeitsförderungsgesetz wird in das Sozialgesetzbuch als 3. Buch eingeordnet und dabei zur Verbesserung der Übersichtlichkeit und Verständlichkeit vollkommen überarbeitet. Entsprechend der Entwicklung der Flexibilisierung der Arbeitszeit werden künftig Beschäftigte oberhalb der allgemeinen Geringfügigkeitsgrenze in den Schutz der Arbeitslosenversicherung einbezogen, und auf die besondere Kurzzeitigkeitsgrenze von 18 Stunden wöchentlich wird verzichtet. Auch bei der Berechnung des Arbeitslosengeldes und des Kurzarbeitergeldes wird nicht mehr auf feste Wochenarbeitszeiten abgestellt.

3. Erhöhung der Effektivität und Effizienz der Bundesanstalt für Arbeit:

Durch eine radikale Dezentralisierung erhalten die Arbeitsämter neue Gestaltungsspielräume und Verantwortungen. So können sie künftig unter den Instrumenten nach den Erfordernissen des örtlichen Arbeitsmarktes frei auswählen und über den Einsatz der ihnen zugewiesenen Mittel frei bestimmen. Ausgaberechte können von einem Haushaltsjahr in das nächste übertragen werden. Rechenschaft haben die Arbeitsämter jährlich in einer öffentlichen Eingliederungsbilanz abzulegen, die zugleich den Wettbewerb unter den Arbeitsämtern anspornen soll.

4. Verbesserung der Feststellbarkeit des Leistungsmissbrauchs sowie der Bekämpfung des Mißbrauchs und der illegalen Beschäftigung:

Diese Aufgabe soll künftig für die Bundesanstalt den gleichen Rang wie die Leistungserbringung haben. In diesem Zusammenhang soll u. a. die persönliche Arbeitslosmeldung künftig nur noch drei Monate Wirkung haben, der Kreis der zumutbaren Beschäftigungen erweitert und durch geeignete Trainingsmaßnahmen auch die Arbeitsbereitschaft getestet werden können. Schließlich soll die Einrichtung einer „Innenrevision“ in den Arbeitsämtern zur Stärkung des Verantwortungsbewußtseins aller Mitarbeiter hinsichtlich der Bekämpfung des Leistungsmissbrauchs beitragen.

5. Entlastung der Beitragszahler:

Durch die Reform sollen die arbeitsmarktpolitischen Ziele künftig mit einem erheblich geringeren Mitteleinsatz erreicht werden können. Hierdurch sowie durch die schrittweise Angleichung der arbeitsmarktpolitischen Leistungen in den neuen Ländern entsprechend der Arbeitslosenentwicklung an das Niveau in den alten Ländern sollen die Beitragszahler um etwa einen Beitragssatzpunkt entlastet werden. ■

SPD-Blockadepolitik schadet den Kommunal финанzen

Nicht selten wird Klage geführt, der Bund belaste durch seine Politik die kommunalen Haushalte. Bei objektiver Betrachtung stellt man jedoch fest, daß dieser Vorwurf so nicht stimmt, erklärte Adolf Roth (Gießen), Vorsitzender der Arbeitsgruppe Haushalt der CDU/CSU-Bundtagsfraktion

Nach unserer Finanzverfassung sind die Länder für die Finanzausstattung der Gemeinden verantwortlich. Der Bund hat in den letzten Jahren in erheblichem Umfang Mittel an die Länder gegeben, die diese nicht oder nicht vollständig an die Kommunen weitergegeben haben. Im Verhältnis Länder/Kommunen sind diese Klagen der Kommunen über eine restriktive Handhabung der Finanzausgleichszahlungen und über Ausgabenverlagerungen auf die Kommunen ohne Weitergabe entsprechender Finanzmittel nicht zu übersehen. So heißt es im Gemeindefinanzbericht 1996: „Die westdeutschen Länder haben bei der Zuweisungspolitik des Jahres 1995 den restriktiven Finanzausgleichskurs des Vorjahres beibehalten.“

Es geht nicht an, daß der Bund Gesetze beschließt, die in ihren finanziellen Auswirkungen auch den Gemeinden zugute kommen sollen, die Länder aber diese Mittel nicht in angemessenem Umfang an die Gemeinden weitergeben. Durch die Neuordnung der Finanzbeziehungen im Rahmen des Solidarpakts und durch das Jahressteuergesetz 1996 ist es zu einer erheblichen Verschiebung der Finanzkraft vom Bund auf die Länder gekommen. 1992 hatten die Länder 34,3 v. H. aller Steuereinnahmen. Bis 1996 (Steuerschätzung Mai) ist dieser Anteil auf 41,1 v. H. gestiegen und umgekehrt beim Bund von 48,2 v. H. 1992 auf 42,1 v. H. 1996 gefal-

len. Es wäre zu erwarten gewesen, daß sich die überproportionale Zunahme der Steuereinnahmen der Länder bei den Zuweisungen an die Kommunen niederschlagen würde. Von 1992 bis 1995 wuchsen die Steuereinnahmen der Länder um rd. 25 v. H., im gleichen Zeitraum haben die westdeutschen Flächenländer ihre Steuerverbundleistungen an die Kommunen aber nur um rd. 9 v. H. ausgeweitet. Hätten die westdeutschen Flächenländer ihre Steuerverbundleistungen entsprechend ihrem Steuerzuwachs ausgedehnt, so hätten die Kommunen in 1995 rd. sieben Mrd DM höhere Einnahmen gehabt. Während das unionsgeführte Bundesland Bayern seine Steuerverbundleistungen an die Gemeinden von 1992 bis 1995 um 21 v. H. deutlich ausgeweitet hat, bilden die SPD-regierten Bundesländer Niedersachsen und Saarland mit einer Zunahme um vier v. H. bzw. 0,6 v. H. das Schlußlicht.

Trotz seiner erheblich angespannteren Finanzlage hat der Bund bei seinen Maßnahmen immer die Stabilisierung der kommunalen Finanzsituation im Auge gehabt.

Zahlreiche Maßnahmen mit dauerhafter Wirkung haben die Kommunen in Milliardenhöhe entlastet. Stichwortartig genannt seien: Ausgabeentlastungen im Rahmen des Föderalen Konsolidierungsprogramms, Entlastungen im Rahmen des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes, Entlastungen durch die Neuregelung des Asylrechts oder Einnahmeverbesserungen durch die Postreform II. Mit Einführung der 2. Stufe der Pflegeversicherung werden die Sozialhilfeausgaben der Kommunen um rd. 10 Mrd DM jährlich entlastet.

Wenn diese Entlastungen nur unvollständig bei den Kommunen ankommen, so liegt das in der Verantwortung der Länder.

Das geschäftsführende Vorstandsmitglied der „Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik“ (SGK) – Peter Klein – bemerkte hierzu kürzlich, daß nur 3 bis 4 Mrd DM der Entlastungen aus der Pflegeversicherung bei den Kommunen realistisch seien. Als Grund wurde u. a. genannt, daß die Länder mit den Mitteln der Versicherung neue Pflegeheime finanzierten, was sie bisher aus eigener Kraft getan hätten.

Völlig unglaublich werden SPD und der von ihrer Mehrheit dominierte Bundesrat mit der Blockade wichtiger vom Bundestag bereits beschlossener Gesetze, die vor allem die kommunalen Haushalte entlasten sollen. Der Bundesrat hat dem Sozialhilfereformgesetz und dem Asylbewerberleistungsgesetz die Zustimmung verweigert und der Arbeitslosenhilfereform widersprochen.

Bei der Reform der Sozialhilfe ist u.a. vorgesehen, die Regelsätze der Sozialhilfe an die Nettolohnentwicklung anzubinden und bei Ablehnung zumutbarer Arbeit die Sozialhilfe um 25 v. H. zu kürzen. Wesentlicher Inhalt des Asylbewerberleistungsgesetzes ist die einheitliche Absenkung der Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz für die Dauer von drei Jahren um 20 v. H., der Vorrang von Sach- vor Geldleistungen für Ausländer sowie die Streichung der originären Arbeitslosenhilfe. Die endgültige Ablehnung dieser beiden Reformgesetze durch die SPD bedeutet, daß die Länder- und Gemeindehaushalte in drei Jahren über neun Mrd DM Entlastungsvolumen verlieren.

Das Scheitern der beiden Gesetze bedeutet auch, daß die Regelsätze nach dem Bun-

desozialhilfegesetz stärker steigen können als die Nettolöhne der Arbeitnehmer. Hierzu heißt es im Gemeindefinanzbericht 1996: „Von mitentscheidender Bedeutung für die künftige Entwicklung der Sozialhilfeausgaben sind die Konsequenzen aus der ‚Deckelung‘ durch die Anpassung der Sozialhilferegelsätze entsprechend der Nettolohnentwicklung.“

Die SPD blockiert so wichtige Ansätze zur Verbesserung des Wirtschaftsstandorts Deutschland. Der Bundesrat ist ein Bundesorgan und trägt Mitverantwortung für die ganze Bundesrepublik. Dies gilt sowohl für die Umsetzung der im „Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung“ enthaltenen finanziellen Entlastungsmaßnahmen bei Bund, Ländern und Gemeinden als auch für die sozialen Sicherungssysteme. Es gilt aber auch für die eigenverantwortliche Konsolidierung der Länderhaushalte. Im Rahmen des vom Bundesfinanzminister angebotenen „Nationalen Stabilitätspaktes“ müssen alle öffentlichen Haushalte ihre Beiträge leisten, damit die Staats-, Abgaben- und Kreditfinanzierungsquote verringert werden können.

Die Länder sind aufgefordert, gemeinsam mit dem Bund eine schlüssige Sparpolitik im Interesse von mehr Wachstum und mehr Beschäftigung zu gestalten. Hierzu gehören: Überprüfung sämtlicher Gemeinschaftsaufgaben und sonstiger Mischfinanzierungsformen, gemeinsame Leitlinien zum Abbau von Finanzhilfen und Steuervergünstigungen sowie eine engere Zusammenarbeit beim Thema „Schlanker Staat“ einschließlich der Versorgungsproblematik.

**Unsere
Elektronischen
Adressen:**

● INTERNET
<http://www.cdu.de>

● T-ONLINE
*CDU#

● X 400
c = de; a = dbp;
p = cdu; s = bund

Die Allianz soll auch im 21. Jahrhundert Stabilitätsanker für Europa sein

Bei ihrem gestrigen Treffen haben die Außenminister des Atlantischen Bündnisses als Signal von Berlin die Entschlossenheit der NATO unterstrichen, ihren Teil bei der Bewältigung dieser Aufgabe wahrzunehmen. Die Botschaft ist klar: Gegründet auf eine enge transatlantische Partnerschaft soll die Allianz im 21. Jahrhundert Stabilitätsanker für Europa sein.

Das Erfolgsrezept des Bündnisses liegt darin, daß es sich von Anfang an eben nicht nur als militärische Allianz, sondern auch und gerade als Zusammenschluß freier Nationen auf der Grundlage einer gemeinsamen Werteordnung, als eine Ideengemeinschaft, verstanden hat. Ich hoffe, wir werden in den nächsten Jahren noch mehr erreichen und sagen dürfen, daß unser Kontinent mit der Überwindung der Teilung Europas sicherer geworden ist. Aber wir müssen auch ehrlich sagen, daß wir noch eine Reihe von fortbestehenden Ungewissheiten und Risiken zu bewältigen haben.

Die Gefahren des Nationalismus und längst überwunden geglaubte ethnische und religiöse Gegensätze sind nicht gebannt. Das zeigen uns die Erfahrungen im früheren Jugoslawien. Dies liegt nicht auf einem fernen Kontinent, sondern innerhalb Flugstunden von diesem Haus entfernt, mitten in Europa.

Der gemeinsame Friedenseinsatz der Allianz und ihrer Partner ist Ausdruck des Willens der Europäer, zusammen mit den nordamerikanischen Demokratien den

Frieden in dieser Region zu sichern. Die Allianz legt damit Zeugnis von ihrer Entschlossenheit zum Handeln ab. Die Bilanz zur Halbzeit der IFOR-Operation ist bei aller hier und dort anzutreffenden Skepsis durchaus ermutigend. Die im ehemaligen Jugoslawien praktizierte Zusammenarbeit weist den Weg für die Sicherung des Friedens und für das künftige Miteinander in Europa.

Aus der Ansprache von Bundeskanzler Helmut Kohl vor dem Nordatlantischen Kooperationsrat am 4. Juni in Berlin

Die internationale Friedenstruppe in Bosnien kann allerdings nur ein sicheres Umfeld dafür schaffen, daß die leidgeprüfte Bevölkerung endlich wieder in Frieden leben kann. Der eigentliche Friede muß im Zusammenleben der Menschen in dieser Region entstehen. Wir erwarten, daß sich die früheren Konfliktparteien ihrer eigenen Verantwortung für eine dauerhafte Befriedung sowie für den wirtschaftlichen Wiederaufbau bewußt sind. Die internationale Gemeinschaft kann lediglich Hilfe zur Selbsthilfe leisten. Ohne den Willen der Betroffenen, künftig in Frieden miteinander zu leben, kann die Hilfe der internationalen Gemeinschaft nicht zu einem Erfolg führen.

Wir erwarten als Deutsche von allen Beteiligten, den Fahrplan für die Umsetzung

der Vereinbarungen von Dayton strikt einzuhalten. Dazu gehört auch die planmäßige Durchführung der Wahlen im Spätsommer dieses Jahres. Ohne demokratische und rechtsstaatliche Strukturen wird es keinen dauerhaften Frieden in Bosnien geben. Dies ist zugleich die Voraussetzung für den erfolgreichen Wiederaufbau des Landes und für die Rückkehr der Flüchtlinge in ihre Heimat.

Wenn ich die Rückkehr der Flüchtlinge in ihre Heimat erwähne, dann will ich auch darauf hinweisen, daß bei uns in Deutschland gegenwärtig 350.000 Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem früheren Jugoslawien leben. Es geht uns nicht darum, daß wir diese Menschen so schnell wie möglich nach Hause schicken wollen. Ich sehe aber mit großer Sorge, daß die Wurzeln dieser Menschen in ihrer Heimat – und dies gilt in besonderem Maße für die jungen Menschen und die Kinder – um so schwächer werden, je länger sie von zu Hause entfernt leben müssen.

Ich füge hinzu: Es geht mir in diesem Zusammenhang nicht primär ums Geld. Der deutsche Steuerzahler hat in diesen Jahren für die Bürgerkriegsflüchtlinge rund zehn Milliarden D-Mark aufgewandt. Ich finde es schlecht, daß wir dieses Geld für den Unterhalt hier zahlen, anstatt diese Summe für den Wiederaufbau vor Ort zu verwenden, um den Familien Hilfe zur Selbsthilfe zu bieten, damit sie ihre zerstörten Häuser wiederaufbauen können.

Es ist für die Zukunft entscheidend, daß diese Menschen nicht alleingelassen werden. Wir Deutsche werden unseren Beitrag leisten. Das setzt jedoch voraus, daß sie auch wieder in ihre Heimat zurückkehren können und – noch wichtiger – zurückkehren wollen. Sie wollen aber nicht zurückkehren, wenn sie nicht die Sicherheit haben, daß sie in ihren Dörfern in Frieden und Freiheit leben können. Deswegen ist es so wichtig, deswegen drän-

gen wir darauf, daß die dafür notwendigen Strukturen geschaffen werden.

Im kommenden Dezember kann der Nordatlantische Kooperationsrat auf fünf Jahre erfolgreicher Arbeit zurückblicken. Dabei hat er sich als nützliches Forum des Dialogs und als politisches Dach für sicherheitspolitische und militärische Zusammenarbeit erwiesen. Dies zeigt sich zum Beispiel darin, daß alle wichtigen NATO-Gremien heute auch regelmäßig gemeinsam mit den Kooperationspartnern tagen.

Beim NATO-Gipfel im Januar 1994 in Brüssel hat das Bündnis seine Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas und den Nachfolgestaaten der Sowjetunion erklärt. Die „Partnerschaft für den Frieden“ leistet in der Tat schon heute wertvolle Dienste für die praktische Zusammenarbeit des Bündnisses mit diesen Ländern und für ein neues Denken in Europa. Zahlreiche gemeinsame Übungen, intensiver Informationsaustausch haben das Bewußtsein dafür gestärkt, daß die Sicherheit in Europa künftig nur noch gemeinsam gewährleistet werden kann. Wir wollen unsere Anstrengungen weiter verstärken, um diese praktische Zusammenarbeit auszubauen und zu vertiefen.

Beim erwähnten NATO-Gipfel von Brüssel hat die Allianz bekräftigt, daß sie darüber hinaus auch für neue Mitglieder offen ist. Gleichzeitig ist sie zur Entwicklung und Vertiefung der Zusammenarbeit mit Rußland und der Ukraine bereit. Die Öffnung des Bündnisses ist von grundlegender Tragweite für die Sicherheit und Stabilität in ganz Europa. Dies bedeutet für uns alle, daß wir mit großer Umsicht, Sorgfalt und Klugheit an diese Fragen herangehen müssen. Sorgfalt und Klugheit will ich hier nicht bloß diplomatisch umschreiben. Ich will für jeden verständlich ansprechen, was ich meine.

Wenn in den entscheidenden Ländern, die ich hier nicht zu nennen brauche, bedeutende Wahlen stattfinden, ist es ein Akt der Klugheit und der Umsicht, ein so schwieriges Thema wie die Öffnung des Bündnisses nicht in den Mittelpunkt der Debatte zu stellen. Ich bin nachdrücklich dafür, daß wir dieses Thema nicht auf die lange Bank schieben.

Aber ich bin noch deutlicher dafür, daß wir begreifen, daß das Kalenderjahr 1996 kein gutes Jahr für die Beratung ist. Aber auf das Jahr 1996 wird das Jahr 1997 folgen. Ich bin nicht für eine Verschiebung, aber ich bin sehr dafür, daß wir niemandem in diesem oder in jenem Land Wahlkampfmaterial liefern und uns am Ende die Arbeit erschweren.

Ich habe es immer wieder gesagt und wiederhole es hier: Der Wunsch unserer östlichen Nachbarstaaten, dem Bündnis beizutreten, ist legitim. Er ist der Ausdruck des Willens, ihre traditionelle europäische Identität deutlich werden zu lassen. Wer will ihnen dieses Recht bestreiten? Deutschland steht zur Öffnungspolitik der Allianz, die auch in den Parlamenten und der Öffentlichkeit der NATO-Mitgliedstaaten eine breite Unterstützung findet. Sie richtet sich gegen niemanden. Aber sie bedingt auch, daß niemand ein Vetorecht hat.

Wie alles im Leben hat auch diese wichtige Angelegenheit eine andere Seite. Europäische Sicherheit braucht den konstruktiven Beitrag Rußlands und der Ukraine in Form von Kooperation und von Partnerschaft. Rußland und die Ukraine gehören nach unserem Verständnis zu Europa. Wir müssen ihre Sicherheitsinteressen berücksichtigen. Das setzt voraus, daß wir ein gutes Verhältnis zu diesen Ländern haben.

Auch hierzu möchte ich eine deutliche Anmerkung machen. Es mißfällt mir – das richtet sich gegen manchen, der im Westen

öffentlich auftritt –, wenn manche heute so tun, als müsse man die Lage Rußlands nicht berücksichtigen. Wir alle wissen, daß das russische Volk ein großes Volk ist, daß es eine große Geschichte, eine große Tradition und einen eigenen Stolz hat. Ich habe noch die Zeit erlebt, als es um die Stationierung der Mittelstreckenwaffen ging, als viele eine unbändige Angst vor den Nachbarn hatten.

Ich möchte nicht das umgekehrte Extrem erleben, daß man Rußland jetzt bei uns als eine quantité négligeable abtut. Wir Deutsche wollen, daß unsere Nachbarn ihre Entscheidung treffen. Wir wollen, daß wir zu Lösungen kommen, die unsere russischen Nachbarn, die Ukraine und auch die Staaten der Region mittragen können, und zwar nicht mit negativer Grundstimmung, sondern in der Überzeugung, daß wir gemeinsam auf einem guten Weg in die Zukunft gehen.

Die Europäische Union hat bereits 1994 ein Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit Rußland geschlossen. Es ist unser deutscher Wunsch, daß auch die Zusammenarbeit zwischen der NATO und Rußland, etwa auf der Basis einer „Charta“, in ein besonderes Verhältnis mündet, das zu einem wirklich tragfähigen Kern einer Sicherheitsarchitektur in Europa werden kann. Ich glaube, daß die Einbeziehung Rußlands und die russische Bereitschaft, beim Friedensprozeß in Jugoslawien Verantwortung zu übernehmen, bereits Ausdruck einer neuen Qualität der Beziehung zwischen Rußland und der NATO ist. Ich glaube, daß diese Zusammenarbeit ein Modell für das künftige Zusammenwirken in Europa sein kann.

Die NATO hat in den vergangenen Jahren einen tiefgreifenden Wandel durchlaufen. Das Bündnis hat gestern grundlegende Beschlüsse zur Anpassung seiner Strukturen an die veränderten Bedingungen in Europa getroffen. Es soll künftig in der Lage sein, sowohl dem Kernauftrag der kollektiven

Verteidigung gerecht zu werden als auch neue Aufgaben der Friedenssicherung in Europa wahrzunehmen.

Ein zentrales Anliegen ist es dabei für die Bundesregierung, die sicherheits- und verteidigungspolitische Handlungsfähigkeit Europas zu stärken. Wir wollen eine substantielle, europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität. Die neuen Strukturen der NATO müssen es Europa erlauben, militärische Aufgaben künftig in Einzelfällen innerhalb des Rahmens des Atlantischen Bündnisses selbst zu erfüllen. Darüber hinaus muß das Bündnis noch besser in der Lage sein, mit Partnern außerhalb des Bündnisses bei Operationen der Krisenbewältigung und der Friedenssicherung praktisch zusammenzuwirken.

Entscheidender Bestandteil des Ausbaus der Zusammenarbeit in ganz Europa ist die entschlossene Fortführung der Politik der europäischen Einigung. Eine handlungsfähige Europäische Union mit einer gestärkten gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik liegt im Interesse des zusammenwachsenden Europas und damit auch im Interesse einer noch engeren Zusammenarbeit in der Allianz. Sie trägt zur Stabilität in Gesamteuropa bei.

Für uns Deutsche, die mehr Nachbarn als alle anderen in Europa haben, die die längsten Grenzen und auch eine entsprechende Geschichte haben, ist die europäische Einigung die Schicksalsfrage schlechthin. Unsere historischen Erfahrungen haben uns zu einer Politik des Ausgleichs und der Versöhnung mit allen unseren Nachbarn und zu einem ganz entschiedenen Eintreten für den Aufbau Europas geführt.

Ich habe immer wieder – und François Mitterrand hat in seiner letzten Rede in Straßburg ähnliches gesagt – darauf hingewiesen, daß die europäische Einigung letztlich die Voraussetzung für den Frieden im 21. Jahrhundert ist. In manchen Zeitungen ist geschrieben worden, dies sei eine Kriegs-

drohung. Das ist eine dieser Torheiten, die Sie gelegentlich lesen können. Aber wer die Geschichte dieses Jahrhunderts kennt und wer diesen Satz hier in Berlin ausspricht, weiß, wovon er spricht. Ich bleibe dabei: Der Bau des „Hauses Europa“ ist die entscheidende Voraussetzung für Frieden und Freiheit im 21. Jahrhundert in Europa. Wir müssen alles tun, um die Europäische Union in die Lage zu versetzen, die künftigen Aufgaben zu bewältigen.

Die von mir geführte Bundesregierung setzt im Rahmen der laufenden Regierungskonferenz alles daran, die europäische Einigung weiter voranzubringen, ich sage bewußt, sie unumkehrbar zu machen. Es kommt jetzt darauf an, die Handlungsfähigkeit und die Effizienz der EU zu stärken, gerade auch im Blick auf die angestrebte Erweiterung der EU nach Osten und nach Süden.

Ein wichtiges Thema der Regierungskonferenz ist die Außen- und Sicherheitspolitik der EU. Wir müssen, so schwer dies auch sein mag angesichts der unterschiedlichen Traditionen und des Verständnisses von Geschichte in unseren Ländern, Instrumente und Strukturen schaffen, die ein gemeinsames Handeln der EU in der Außen- und Sicherheitspolitik möglich macht.

Ich sage dies bewußt auch in Anwesenheit unserer Freunde von jenseits des Atlantiks. Europa kann sein Gewicht in der Weltpolitik nur dann zum Tragen bringen, wenn es mit einer Stimme spricht, und das ist auch im Interesse unserer Freunde.

Gestern hat das Bündnis ausdrücklich bestätigt, daß es darauf ankommt, sowohl die europäische Handlungsfähigkeit zu verbessern als auch die transatlantischen Bindungen zu festigen. Für Sicherheit und Stabilität in Europa bleibt das transatlantische Verhältnis von entscheidender Bedeutung. Die Partnerschaft Europas mit den Vereinigten Staaten ist für uns Europäer und vor allem für uns Deutsche unverzichtbar, und wir wollen sie weiter ver-

Opfer des 17. Juni dürfen nicht vergessen werden

Bundeskanzler Helmut Kohl erklärte zum Gedenken an den 17. Juni 1953:

„Wir gedenken heute des Volksaufstandes gegen das SED-Regime vor 43 Jahren, der von den kommunistischen Machthabern mit aller Brutalität niedergeschlagen wurde.

Die Opfer des 17. Juni 1953 dürfen nicht vergessen werden. Das gilt genauso für alle tapferen Frauen und Männer in der früheren DDR, die aufgrund ihres Eintretens für Demokratie und Recht, für Freiheit und Einheit be-

spitzelt und verfolgt, eingekerkert oder ausgebürgert wurden.

Wir schulden es den Opfern der kommunistischen Diktatur, begangenes Unrecht beim Namen zu nennen. Dies ist die Pflicht eines jeden Demokraten. Daher begrüße ich Initiativen, die den Betroffenen Mut machen und jenen entgegenreten, die die Schuld der Täter verharmlosen oder verdrängen wollen. Eine offene und ehrliche Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit bleibt für eine gute Zukunft unseres wiedervereinigten Vaterlandes unverzichtbar.

tiefen. Die transatlantische Agenda und der Aktionsplan für das nächste Jahr, die beim Gipfeltreffen der spanischen EU-Präsidentschaft mit Präsident Clinton im Dezember 1995 vereinbart wurden, bilden einen guten Rahmen. Wir wollen ihn ausfüllen und nutzen.

Seit seiner Gründung hat sich der Nordatlantische Kooperationsrat auch das Ziel der Stärkung und Unterstützung der OSZE gesetzt. In dem Ziel der Ausgestaltung von Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa sollten und können sich die beiden Organisationen sehr gut ergänzen. Sie tun dies bereits im ehemaligen Jugoslawien. Darüber hinaus nimmt die OSZE in zahlreichen Krisenregionen eine wichtige Rolle als Vermittler ein. Ich erwähne als Beispiel den Tschetschenien-Konflikt und Transnistrien.

Beim Gründungstreffen des Nordatlantischen Kooperationsrates vor bald fünf Jahren haben die Teilnehmerstaaten ihr Eintreten für eine neue, dauerhafte Friedensordnung in Europa, gegründet auf Dialog, Partnerschaft und Kooperation, er-

klärt. Diesem Ziel sind und bleiben wir gemeinsam verpflichtet.

Wenn wir an die Zeit vor fünf Jahren denken, können wir, bei aller Skepsis, sagen: Wir sind ein gutes Stück vorangekommen. Unsere europäische Geschichte lehrt uns: Konzepte des Gleichgewichts, das Denken in Koalitionen oder auch Modelle von Einflußsphären haben in unserer Geschichte nie auf Dauer Sicherheit und Stabilität gebracht. Wir wollen aus diesen negativen Erfahrungen lernen. Für mich ist klar: Der beharrliche Ausbau zwischenstaatlicher Kooperation und gesamteuropäischer Integration schafft dauerhaften Frieden. Auf diesem Weg ist und bleibt der Nordatlantische Kooperationsrat aufgefordert, weiter seinen Beitrag zu leisten.

Ich hoffe sehr, daß die Beratungen hier in Berlin uns dabei ein wichtiges Stück voranbringen. Ich will noch einmal sagen: Gerade wir, die Deutschen, haben in diesen Jahrzehnten erfahren, was die NATO für uns bedeutet – Frieden und Freiheit, die Voraussetzung für das Geschenk der deutschen Einheit.

Helmut Kohl: Kulturpolitik stärkt Identität Europas

Auswärtige Kulturpolitik setzt die lebendige, demokratische Kulturnation voraus. Sie verweist uns stets zurück auf die innere kulturelle Landschaft. Damit hilft sie auch, den Blick zu schärfen für Fehlentwicklungen und Defizite, zum Beispiel an unseren Hochschulen.

Die heutige Debatte setzt keinen Schlußpunkt. Sie soll in die Öffentlichkeit, in die Gesellschaft ausstrahlen. Hier geht es schließlich um das Selbstverständnis unserer Nation: darum, was wir waren, was wir sind, was wir sein wollen – und natürlich darum, wie wir gesehen werden. Um hier überzeugend und erfolgreich zu sein, brauchen wir zuallererst einen wachen Sinn für geistige Strömungen und kulturelle Entwicklungen, für den historischen Standort unserer Nation, für deren Beitrag zur Kultur der Menschheit. Gerade wir Deutschen wissen um die Bedeutung der Kultur für die nationale Identität.

Das stärkste Bindeglied der Deutschen ist ihre gemeinsame, historisch gewachsene Kultur. Das hat sich gerade auch in den Jahrzehnten der Teilung erwiesen. Selbst die SED-Diktatur mußte in ihrer Endphase einsehen, daß ohne Rückbezug auf die deutsche Kulturnation ein deutscher Staat nicht zu machen ist. Die deutsche Kultur hatte schon der Vereinnahmung durch die Nationalsozialisten widerstanden. Viele Träger der deutschen Kultur wurden damals verfolgt, gerade auch die jüdischen, und viele wurden vom Regime ermordet. Anderen gelang es, zu entkommen. Sie wurden zu Botschaftern des besseren Deutschland – wie Thomas Mann, Paul Hindemith oder Max Beckmann. Sie alle haben mit ihren künstlerischen und intellektuellen Leistungen wertvolle kulturelle Traditionslinien Deutschlands leben-

dig erhalten und fortgebildet. Sie boten den folgenden Generationen Orientierung und Anknüpfungspunkte.

Die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes, die Rückkehr der Staaten Mittel- und Osteuropas in die Familie der freien Völker sowie die rasante Globalisierung aller Lebensbereiche setzen neue Eckdaten. An ihnen müssen wir Inhalte und Instrumente auch unserer Auswärtigen Kulturpolitik überprüfen. Wir sind nicht die Lehrmeister der Welt. Wir können eine Menge von anderen Ländern lernen. Ich denke besonders an Asien und Lateinamerika, deren erstarkendes Identitätsbewußtsein auch eine Erklärung für ihre zunehmende wirtschaftliche und kulturelle Anziehungskraft bietet. In diesem Sinne kann die Auswärtige Kulturpolitik auch dazu beitragen, die europäische Identität zu stärken und so den Standort Europa attraktiver zu machen. Ohne seine kulturelle Dimension wird das europäische Einigungswerk unvollständig sein. Wenn wir der kulturellen Dimension Europas neue Gestalt geben wollen, treten wir ein Erbe an. Es ist das Erbe von Christentum, Humanismus und Aufklärung; das Erbe der gotischen Kathedralen sowie der italienischen Baumeister von St. Petersburg.

Es war gut und folgerichtig, im Maastrichter Vertrag den sogenannten Kulturartikel zu verankern. Er ist zu Recht so ausgestaltet, daß die traditionellen Träger und Verantwortlichen der Kulturpolitik – die Mitgliedstaaten, Länder, Regionen und Gemeinden – entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip die gestaltenden Kräfte bleiben. Ich wünsche mir, daß sich alle der zentralen Aufgabe europäischer Kulturpolitik verpflichtet fühlen, nämlich der „Verbesserung der Kenntnis und Verbreitung der Kultur

BAföG:

Bund und Länder haben einen Kompromiß gefunden

Die Finanzierung der deutschen Hochschulen ist für die kommenden Jahre gesichert. Bund und Länder haben einen Kompromiß gefunden, der verlässliche Perspektiven bietet. Dazu Bundesminister Jürgen Rüttgers: Es ist gelungen, sparen und gestalten zu verbinden. Wir haben zusammengehalten, was zusammen gehört: Reform bei der Ausbildungsförderung und beim Hochschulbau, Finanzierung des Hochschulsonderprogramms III.

Der Einstieg in die leistungsorientierte Verzinsung der Ausbildungsförderung ist erreicht. Wer länger studiert, wird in Zukunft auf vollverzinsliche Bankdarlehen verwiesen. Für soziale Härtefälle werden Ausnahmeregelungen vorgesehen.

Gleichzeitig werden Förderungshöchstdauern beim BAföG künftig an der Regelstudienzeit orientiert. Das bedeutet spürbare Reduzierung in vielen Fächern: z. B. Chemie von 12 auf 9 Semester, Mathematik und Architektur von 10 auf 9 Semester.

Damit setzt die Ausbildungsförderung auch Zeichen für die Beschleunigung der Studienreform. Heute ist die Einhaltung der Regelstudienzeit die Ausnahme. Das

muß sich ändern. Die Länder und die Hochschulen sind jetzt am Zug. Sie müssen die Voraussetzungen für den Abschluß eines Studiums innerhalb der Regelstudienzeit schaffen.

BAföG-Kompromiß ist das erste Spargesetz, das politisch vereinbart ist.

Bund und Länder sparen mit der vereinbarten Lösung mehr als eine Mrd. DM. Das ist weniger, als der Bund angestrebt hat. Deshalb wird es auch keine Erhöhung der BAföG-Bedarfssätze geben können. Aber es ist das erste Spargesetz, das politisch vereinbart ist. Das Geld fällt nicht dem Rotstift zum Opfer, sondern es wird wieder investiert:

- in die Erhöhung der Freibeträge beim BAföG um 3 Prozent,
- in die Finanzierung des neuen Hochschulsonderprogramms III.

Der Bund nimmt damit seine Verantwortung für die Hochschulen über seine

und Geschichte der europäischen Völker“, wie es der Vertrag formuliert. Es muß ein Europa für Bürger von Bürgern sein.

Ich möchte unseren Mittlerorganisationen meine Anerkennung und meinen herzlichen Dank aussprechen. Ihre Aufgaben sind in den letzten Jahren noch gewachsen. Die verfügbaren Mittel dagegen sind begrenzt. Unsere Debatte soll auch Wege zur Erneuerung eröffnen. Wir müssen mit-

einander überlegen, wie wir das bestehende System straffen und wie wir Kräfte bündeln können. Ich bin nicht und war nie der Meinung, daß die Auswärtige Kulturpolitik eine schöngestige Arabeske der Außenpolitik sei, sozusagen ein Luxus. Sie war immer ein Pfeiler unserer Außenpolitik, deren Fundamente Vertrauenswürdigkeit, Berechenbarkeit, Fähigkeit zur Partnerschaft und zum Dialog sind. ■

grundgesetzlichen Aufgaben hinaus wahr. Dies ist gerade jetzt ein ungeheurer finanzieller Kraftakt. Von 1996 bis 1999 werden über zwei Mrd. DM zur Verfügung gestellt, davon ca. 400 Mio. DM zusätzliche Mittel.

Die Kernpunkte des neuen Hochschulsonderprogramms sind:

- Ausbau der Graduiertenkollegs bis auf das vom Wissenschaftsrat empfohlene Niveau von 300. Hierfür werden Sondermittel in Höhe von 467 Mio. DM zur Verfügung gestellt.
- Externe und interne Bewertung der Lehre können jetzt zügig erfolgen. Dafür werden Mittel in Höhe von 120 Mio. DM bereitgestellt.
- Multimedia muß auch an den Hochschulen Wirklichkeit werden. 240 Mio. DM werden aufgewendet, um insbesondere den Bibliotheksdienst zu verbessern, Fernstudium zu fördern und multimediales Studium einzuführen.
- Durch einen Ausbau der Studienberatung und Tutorien zu einer besseren Betreuung der Studierenden soll die hohe Studienabbrecherquote abgebaut werden. Dafür werden 340 Mio. DM investiert.
- Im Fachhochschulbereich werden mehr als tausend zusätzliche Stellen geschaffen (600 Mio. DM).
- Über Stipendien und zusätzliche Stellen wird der absehbare personelle Ersatzbedarf an den Hochschulen sichergestellt. 864 Mio. DM werden hierfür eingesetzt.
- Die Förderung von Frauen ist nach wie vor ein zentraler Förderschwerpunkt in Bildung und Forschung. Daher wird der Anteil der Mittel zur speziellen Förderung von Frauen auf 20 Prozent erhöht.
- Unsere Hochschulen brauchen mehr ausländische Studenten und Wissenschaft-

ler. Mit einem differenzierten Stipendien-system wollen wir hierfür Anreize schaffen.

● Das Wissenschaftlerintegrationsprogramm wird bis Ende des Jahres fortgeführt. Ab 1997 wird eine Sondermaßnahme nur für die neuen Länder eingeführt. Qualifizierte Wissenschaftler erhalten in innovativen Forschergruppen die Chance, Forschungsarbeiten vor allem in Verbindung mit der Wirtschaft voranzubringen. Hierfür werden 100 Mio. DM aufgewendet.

Auch im Hochschulbau gibt es neue Finanzierungsspielräume:

- Die Anhebung der Bagatellgrenzen setzt rd. 135 Mio. DM für die Finanzierung wichtiger größerer Vorhaben frei.
- Das Optionsleasing eröffnet den Ländern vielfältige Finanzierungsmöglichkeiten.

Bund und Länder werden mit den Vorhabenprogrammen im Hochschulbau weiterhin gemeinsame Schwerpunkte setzen können, z. B. bei der Telekommunikationsausstattung der Hochschulen.

Die Paketlösung mit der Strukturreform des BaföG, dem neuen Hochschulsonderprogramm III und den neuen Finanzierungsspielräumen beim Hochschulbau hat die Tür zu einer umfassenderen Hochschulreform geöffnet.

Dazu Jürgen Rüttgers: „Ich werde so bald wie möglich Eckwerte dieser Hochschulreform vorlegen. Der Entwurf eines Hochschulrahmengesetzes wird folgen. Die Länder haben angekündigt, an einer zügigen Beratung und Umsetzung mitzuwirken. Für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes brauchen wir leistungsstarke Hochschulen. Der jetzt gefundene Kompromiß ist nicht das Ende, sondern der Anfang der Reform.“

CDU-NRW beschließt ein weitgehendes Reformprogramm

Ein weitreichendes Kontrastprogramm gegen die rot-grüne Verhinderungspolitik in Nordrhein-Westfalen hat die CDU Nordrhein-Westfalen auf ihrem Parteitag in Münster beschlossen. Privatisierung, Deregulierung, Abbau und Straffung staatlicher Institutionen, mehr Wettbewerb im Energie- und Telekommunikationssektor, neue Prioritäten im Bereich der Bio- und Gentechnologie sowie eine Neuorientierung des Steuersystems waren die zentralen Beschlußpunkte des größten CDU-Landesverbandes.

„Dieses Programm ist ein kräftiger Gegenentwurf zur rot-grünen Politik der Blockade, der Perspektivlosigkeit und der Zukunftsverweigerung. Wir setzen hier Zeichen und demonstrieren, daß die CDU Nordrhein-Westfalen Mut zur Veränderung hat. Die Beschlüsse von Münster sind praktische Bausteine für Regierungspolitik auf allen Ebenen“, erklärte CDU-Generalsekretär Herbert Reul.

Im einzelnen beschloß die CDU NRW:

■ eine umfassende Reform der Lohn- und Einkommenssteuer nach folgenden Grundsätzen:

a) deutliche Absenkung der Steuersätze in der Lohn- und Einkommenssteuer mit dem Ziel eines Stufentarifs.

b) Verbesserung der steuerlichen Bemessungsgrundlage.

c) Vereinfachung des Steuersystems.

Diese Eckpunkte für die große Steuerreform sollen jetzt umgehend in die Diskussion innerhalb der Bundespartei und der Bundestagsfraktion eingebracht werden.

■ eine verstärkte Privatisierung kommunaler Aufgaben. Dies ist um so dringlicher, als zur Zeit in Nordrhein-Westfalen ein eher gegenläufiger Trend zu verzeichnen ist. Immer mehr Kommunen bieten Dienstleistungen an und konkurrieren dabei mit Privatfirmen.

In diesem Zusammenhang sprach sich die nordrhein-westfälische CDU nach kontroversen Diskussionen für eine Teilprivatisierung der Sparkassen aus. Unter Wahrung des Regionalprinzips und bei Verbot der Beteiligung juristischer Personen soll den Gewährträgern einer Sparkasse die Möglichkeit eröffnet werden, ihr Kreditinstitut in einer Aktiengesellschaft zunächst im Besitz der öffentlichen Hand umwandeln zu können, um dann mit dem Verkauf von Aktien bis maximal 49 Prozent des Aktienkapitals eine Teilprivatisierung zu realisieren. Ziel dabei: Die Sparkassen sollen Bürgersparkassen werden und die Möglichkeit zur Eigenkapitalverbesserung haben, eine Chance, die gerade im wachsenden europäischen Wettbewerb hilfreich ist.

■ die Auflösung des momentan existierenden Mittelinstanzen-Systems in Nordrhein-Westfalen mit seinen fünf Regierungspräsidien, dem Kommunalverband Ruhrgebiet, den beiden Landschaftsverbänden sowie diverser Landesbehörden. Nach einer kritischen Aufgabenüberprüfung soll ein Großteil der Aufgaben an die Kommunen delegiert werden. Anstelle der bisherigen Instanzen sollen drei verschlankte Mittelbehörden für die Bereiche Rheinland, Westfalen und Ruhrgebiet errichtet werden.

- den Wegfall der Gebietsmonopole im Energiebereich,
- die Ablehnung der Wegegebühren im Telekommunikationssektor,
- die stärkste Förderung von Bio- und Gentechnologie auch und gerade in NRW.

„Die CDU NRW hat auf diesem Landesparteitag ihre Mutprobe bestanden und sich als klare Alternative zu Rot-Grün profiliert“, erklärte der CDU-Landesvorsitzende Norbert Blüm. Zuvor hatte der Landesvorsitzende deutlich gemacht, daß durch die rot-grüne Landesregierung in Nordrhein-Westfalen insgesamt 300.000 Arbeitsplätze gefährdet seien. Die rot-grüne Koalition habe seit ihrem Bestehen keine einzige zukunftsorientierte Entscheidung getroffen. „Nordrhein-Westfalen liegt wie Gulliver gefesselt an tausend rot-grünen bürokratischen Zwirnsfäden“, so Blüm. Die rot-grüne Landesregierung wirke bereits nach einem Jahr wie erschöpfte Boxer in der 12. Runde, die nur eins im Sinn hätten: „mit Klammern den Schlußgong zu erreichen“.

CDU-Fraktionschef Helmut Linssen machte Ministerpräsident Rau persönlich dafür verantwortlich, daß sich die Landesregierung auf Druck der Grünen „vornehmlich um alternative Projekte und die Interessen bunter Grüppchen“ kümmere, anstatt den Problemen des Wirtschaftsstandortes NRW Prioritäten einzuräumen. „Wer eine Partei in die Regierungsverantwortung nimmt, die ein gestörtes Verhältnis zu unserem Wirtschaftssystem und zur Demokratie selber hat, der handelt schlichtweg verantwortungslos“, kritisierte Linssen.

Der stellvertretende Landesvorsitzende, Bundesforschungsminister Dr. Jürgen Rüttgers, warf NRW-Wirtschaftsminister Clement die Verschwendung öffentlicher Mittel vor. Clement habe mit seiner Medienpolitik Steuergelder in den Sand gesetzt, ohne die versprochenen Arbeitsplätze zu schaffen. Vom Fernsehsender Vox über den Kölner Medienpark bis hin zum Filmpark Bottrop reichen Clements Fehlentscheidungen. „Im Vergleich zu Clement ist Jürgen Schneider ein erfolgreicher Unternehmer gewesen“, sagte Rüttgers. ■

Niedersachsen-CDU startet mit Christian Wulff in den Kommunalwahlkampf

Mit der überwältigenden Mehrheit von 94 Prozent haben die Delegierten des CDU-Landesparteitages in Celle ihren Vorsitzenden Christian Wulff im Amt bestätigt. Er erhielt 402 der 437 abgegebenen Stimmen bei 28 Nein-Stimmen und fünf Enthaltungen, zwei Stimmen waren ungültig. Vor zwei Jahren erhielt der 36jährige Rechtsanwalt aus Osnabrück 88,6 Prozent der Stimmen. Auch seine drei Stellvertreter, Bundestagspräsidentin Prof. Rita Süsmuth

und die Bundestagsabgeordneten Walter Link und Rudolf Seiters, wurden wiedergewählt.

In seiner Rede betonte der Landesvorsitzende, daß es Ziel der Partei sein müsse, bei der Kommunalwahl am 15. September erneut stärkste Partei in den Kommunen zu werden. Gerade die Kommunalpolitik sei ein Eckpfeiler der Demokratie, so Wulff. Allerdings müßten die Politiker den Menschen auch auf kommunaler Ebene

reinen Wein einschenken und sagen, daß keine Stadt oder Gemeinde alle Probleme für ihre Bürger lösen könne. Jeder müsse sich stärker selbst verantwortlich fühlen.

Scharfe Kritik übte Wulff an der SPD-geführten Landesregierung. Er warf ihr eine zutiefst kommunalfeindliche Politik vor. Die kommunale Selbstverwaltung werde „mit Füßen getreten“. Benötigt werde aber eine Politik, die auf Freiheit und Verantwortung anstatt auf bürokratische Gängelerei und Bevormundung setze.

Dem Ministerpräsidenten warf er vor, nur „heiße Luft zu produzieren“ und keinen Mut zu notwendigen Entscheidungen aufzubringen. Außer Negativkritik habe er nichts dazu beigetragen, zum Umbau der Wirtschaft. Auch hätten die Sozialdemokraten in Niedersachsen längst die Axt an die soziale Infrastruktur gelegt, z. B. unter anderem bei den Behinderteneinrichtungen oder im Wohnungsbau.

Bei allen wirtschafts- und finanzpolitischen Daten liege Niedersachsen am Ende der Skala, rügte Wulff. Doch der Landesregierung fehle die Kraft und der Wille, ihre Politik zu ändern. Mit ihrer Politik habe die SPD-Landesregierung das Land wirtschaftlich „an die Wand gefahren“.

Die Landesfinanzen seien zerrüttet, die Nettoneuverschuldung seit 1990 explodiert. Trotz eines Anstiegs der Steuereinnahmen des Landes um 35 Prozent seit 1990 würden jedes Jahr immer mehr Schulden aufgenommen. Der Anstieg der Personalausgaben sei für den Schuldenanstieg eine wesentliche Ursache. 9.000 neue Stellen habe die Schröder-Regierung seit 1990 auf Landesebene geschaffen. Kein anderes westdeutsches Flächenland gebe einen so großen Anteil seines Haushaltes für Personal aus.

„Jedes Jahr 500 Millionen Mark mehr“ habe Schröder 1990 den Kommunen versprochen. Mit sechs Milliarden Mark zusätzlich seien die Kommunen statt dessen

in den letzten sechs Jahren belastet worden. Zwischen Versprechen und Realität klappe eine Neun-Milliarden-Lücke.

Mit einem Antrag zum Doppelhaushalt 1995/96 habe die CDU im Niedersächsischen Landtag ein Konzept zur Sanierung des niedersächsischen Landessetats vorgestellt. Zu diesem auch bundesweit beachteten konstruktiven Sofortprogramm, das ein kurzfristiges Einsparvolumen von 1,21 Milliarden Mark jährlich umfaßt und mittelfristig ein Schritt zur Gesundung der Landesfinanzen ist, gehört ein Konzept, in dem unter anderem die zügige Umsetzung der Verwaltungsreform gefordert wird, eine Privatisierung von Behörden und Einrichtungen des Landes sowie gezielte Personaleinsparungen.

Mit Blick auf die Kommunalwahl am 15. September kündigte Wulff eine Reihe politischer Alternativen für Städte, Gemeinden und Landkreise an. So strebe die CDU eine „vorschriftenfreie Gemeinde“ an. Überzogene personelle und sachliche Standards könnten nicht mehr bezahlt werden. „Wir wollen alle Gesetze abschaffen, die die kommunale Selbstverwaltung erdrosseln“, sagte er.

Der Parteitag verabschiedete einstimmig eine Erklärung zur Kommunalwahl im Herbst. Die öffentlichen Aufgaben müßten preiswerter und effektiver gestaltet. Die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen wird befürwortet.

Zum Vizepräsidenten gewählt

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Peter Götz ist auf der Vollversammlung der „Global Parliamentarians on HABITAT“ in Istanbul zum Vizepräsidenten dieser internationalen Parlamentariervereinigung gewählt worden. Götz hat außerdem für die nächsten zwei Jahre die Präsidentschaft der „Global Parlamentarier“ für den europäischen Kontinent übernommen.

Schuldenkönig Schröder

Die Finanzmisere in Niedersachsen weitet sich zunehmend aus. Seit Wochen berichten die Tageszeitungen, daß SPD-Ministerpräsident Gerhard Schröder das Bundesland immer tiefer in die roten Zahlen führt. „Niedersachsens SPD-Regierung steht finanzpolitisch mit dem Rücken zur Wand.“

„Die große Ebbe in Schröders Kasse“ titelten bereits im April die Stuttgarter Nachrichten. (23. 4. 96) Und der Kölner Express überschrieb seinen Artikel: „Gerhard Schröder – Der Schuldenkönig von Deutschland“. Schröder der wirtschaftspolitische Sprecher der Bundes-SPD, hat das Land in die größte Finanzkrise seiner Geschichte geführt. Als Schröder 1990 mit einer rot-grünen Koalition die Regierung übernahm, hatte Niedersachsen 37 Milliarden Schulden. Nach vier Jahren rot-grüner Verschwendungssucht und zwei Jahren SPD-Alleinregierung ist der Schuldenberg Niedersachsens explosionsartig angewachsen. „In knapp sechs Jahren Schröder kamen 20 Milliarden dazu.“ (Express, 23. 4. 96) Offensichtlich hat der SPD-Ministerpräsident kein Konzept zur Überwindung der Krise. Dies hat zur Folge, daß den Bürgern des Landes nun tiefe Einschnitte im sozialen und kulturellen Bereich zugemutet werden, damit die Deckungslücke von 2,35 Milliarden DM im Haushalt von 1997 wenigstens in Ansätzen geschlossen werden kann. Doch dies ist nicht einmal sicher, da sich zum wiederholten Male ein Konflikt zwischen Schröders Kabinett und der sozialdemokratischen Landtagsfraktion abzeichnet. Gegen Schröders ausdrücklichen Willen kam sein Kabinett der SPD-Fraktion dahingehend

entgegen, daß die Wasserentnahmegebühr für Kraftwerksbetreiber verdoppelt wurde.

„In der niedersächsischen Landespolitik ist das Brechen von Tabus salonfähig geworden. Immer öfter ermuntert Ministerpräsident Gerhard Schröder (SPD) die Mitglieder seines Kabinetts, alle Hemmungen fallen zu lassen.“ (Stuttgarter Nachrichten, 23. 4. 96) Diese Haltung spiegelt sich jetzt in Schröders Streichliste wider. Diese Streichliste wirkt sich vor allem im Bildungs- und Sozialbereich aus:

- 20 Millionen werden in der Erwachsenenbildung gestrichen.
- Studierende müssen in jedem Semester eine Einschreibegebühr von 100 DM zahlen.
- Um 46 Millionen DM sinken die vom Land bezahlten Pflegekosten für Behinderte.
- Im Bereich der Behindertenschulen werden 15 Millionen DM gestrichen.
- Um 81 Millionen DM werden Zahlungsleistungen für Asylbewerber auf die Kommunen verschoben.
- Neben der Beibehaltung des Einstellungsstopps im Landesdienst wird nur noch jede zweite frei werdende Streichliste wiederbesetzt.

Weil die einschneidenden Kürzungen nicht ausreichen, verkauft die Landesregierung seit Jahren Landesbeteiligungen, einzig und allein um Haushaltslöcher zu stopfen. Dieser planlose Ausverkauf der Landesbeteiligungen, z. B. des landeseigenen Harzwasserkwerkes, ist Ausdruck für das Unvermögen der SPD, Niedersachsen vor dem totalen finanziellen Kollaps zu retten.

Hessen beschließt eigenes Modell: Maximal 33 Prozent Steuern zahlen!

Per Landesparteitagsbeschluß macht sich die hessische CDU für eine Absenkung der Lohn- und Einkommenssteuer in Deutschland auf maximal ein Drittel des Einkommens bei gleichzeitiger radikaler Kürzung von Subventionen und Abschreibungsmöglichkeiten sowie für die Senkung der Sozialabgaben bei gleichzeitiger behutsamer Erweiterung der Selbstbeteiligung bei den Sozialversicherungssystemen stark.

Dieses sind zwei Kernforderungen des umfangreichen Papiers „Arbeit in Deutschland“, das der 86. Landesparteitag der Hessen-Union in Kassel einstimmig bei vier Enthaltungen verabschiedete. Nein zur Ausbildungsplatzabgabe und zu einem neuen Modell der Lohnfortzahlung, aber auch Ja zur Verkürzung der Schulzeit. Ja zur Abschaffung der Regierungspräsidien und Ja zur Abschaffung der Kfz-Steuer bei gleichzeitiger Erhöhung der Mineralölsteuer. Schließlich plädiert erstmals ein CDU-Landesverband per Parteitagbeschluß dafür, das bewährte Rentensystem beizubehalten, aber eine demographische Komponente einzubauen. „Wir haben die heißen Eisen der Sozial- und Wirtschaftspolitik geschultert – das macht uns so schnell keiner nach“, bescheinigte der hessische CDU-Landesvorsitzende, Bundesinnenminister Manfred Kanther, den 400 Delegierten in Kassel. Daß der Parteitag in der Schlußabstimmung das Gesamtprogramm einstimmig bei vier Enthaltungen billigte, nannte der CDU-Chef ein „großartiges Zeichen der Solidarität miteinander – bei Unterschiedlichkeit in Einzelfragen“.

Der Parteitag zeugte von der Gewissenhaftigkeit, mit der die hessische CDU sich die-

sem brennenden Thema stellt. Hart, aber fair, wurde um Positionen gerungen, über fast 300 Anträge aus vielen Gliederungen der Partei wurde beraten und entschieden. Mit Deutschlands bekanntestem Unternehmerberater Roland Berger analysierte ein anerkannter Kenner die gegenwärtige Lage der deutschen Wirtschaft – und zeigte Lösungswege auf. Den „Königsweg“ zur Schaffung von traditionellen Industrie- zur Informations- und Dienstleistungsgesellschaft, u. a. durch forcierte Privatisierung und den Aufbau eines neuen Mittelstandes. In den nächsten fünf Jahren, so Berger weiter, müßten die Tarifabschlüsse unter dem Produktionswachstum liegen.

Zu Beginn des Landesparteitages hatte Kanther die Partei zu Mut und Kühnheit aufgerufen. „Wer in schwieriger Zeit große Probleme schultert, der ruft natürlich Gegner auf“, ließ er keinen Zweifel aufkommen: „Das müssen wir aushalten, solidarisch bewältigen – und dann auch den öffentlichen Lohn dafür erfahren, den langfristig nur gewinnt, wer eine klare Linie hat und nicht wer vage Schatten wirft“, appellierte Kanther. Von Protesten dürfe sich die CDU nicht irre machen lassen.

Die vorhandenen Strukturen der bequemen Gesellschaft und des umfassenden Versorgungsstaates nannte er „nicht mehr hinreichend leistungsfähig“ und verlangte, daß wir

- uns auf völlig veränderte globale Wirtschaftsstrukturen einstellen,
- nicht mehr finanzierbare Besitzstände in der deutschen Gesellschaft überwinden,
- mehr Verantwortlichkeit des einzelnen für sich selbst verlangen statt Hinnahme von Zuteilungen.

Mit worthülenshaften Obersätzen wie „Die Wirtschaft braucht einen neuen Aufschwung“ oder „Die Abgaben sind zu hoch“ sei es nicht getan, denn wenn es konkret werde, erhöhen sich alle „Besitzstands-Verwalter“ der Republik zu unterschiedenem Widerstand. Dieses Beharrungsvermögen müsse von mutigen Leuten überwunden werden – „und diese mutigen Leute sind wir“.

Der SPD warf der Bundesinnenminister vor, dieses jeweilige Feldgeschrei von Interessengruppen zum totalen Nein bei völliger Verweigerung eigener Alternativen zu steigern. „Es wäre nicht schlimm, wenn die Opposition zu Regierungsvorschlägen nein sagte, weil sie sie rundum für schlecht hält: aber es wäre ihre Pflicht, mit eigenen Vorschlägen – damit auch eigenem Risiko in der Klientel – gegen uns anzutreten“, verlangte Manfred Kanther. „Das totale Nein aus der vollständigen Deckung ist eine Verweigerung der Erfüllung der politischen Pflichten, die auch eine Opposition im Interesse des Gemeinwohls wahrnehmen muß.“

Es müsse Schluß sein mit verführerischen Fehlworten der Vergangenheit: So schaffe Arbeitszeitverkürzung keine Arbeitsplätze, sondern vernichte sie. So habe der öffentliche Dienst keine Ersatzfunktion für den gewerblichen Arbeitsmarkt, vielmehr habe diese Haltung zur Bürokratisierung und Schuldenlast gleichermaßen beigetragen. So bewirke ein Konsumstoß durch wachsende Staatsverschuldung keine Arbeitsmarktbelebung, sondern Schulden und Geldentwertung nach einem Strohfeuer. „Ausgerechnet diese alten Ladenhüter werden von Herrn Lafontaine als Heilsbringer für morgen präsentiert“, wunderte sich Kanther.

Ausdrücklich rief der CDU-Landesvorsitzende Delegierte und Mitglieder dazu auf, die Wahrheit zu sagen und von den verbrauchten Zauberworten abzurücken – „aber nicht heftig und rechthaberisch“. „Der alte Weg ist schon heute eine Sack-

gasse, glücklicherweise aber können wir noch wenden und wieder freie Fahrt gewinnen“, zeigte sich Kanther optimistisch. Der lebende Beweis dafür, daß wir „mit klarer Politik und Hinstehen“ Wahlen gewinnen könnten, sei die Existenz von CDU-Oberbürgermeistern in Arbeiterstädten wie Frankfurt, Kassel, Hanau und Rüsselsheim.

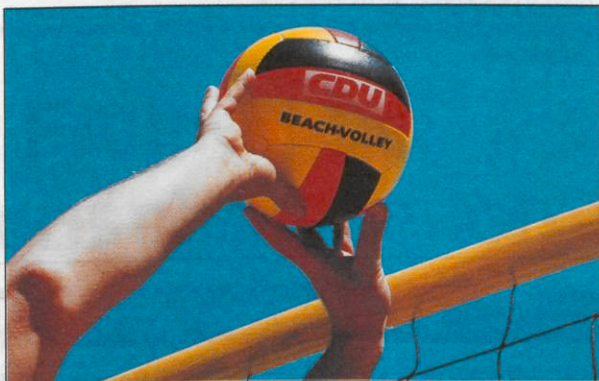
Wie Kanther äußerte sich auch der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Roland Koch, grundsätzlich positiv zum Bonner Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung. Dessen Gegner seien Nein-Sager gegenüber mehr Wachstum und Beschäftigung, gegenüber mehr Flexibilität in der Wirtschaft und damit Nein-Sager gegenüber dem notwendigen Sprung in eine wettbewerbsfähige Struktur der deutschen Wirtschaft im nächsten Jahrtausend. „Wir sind stolz, die Ja-Sager zu sein, und wir sind entschlossen, zu einer Veränderung der Gesellschaft in leistungsfähiger Zukunft zu kommen“, betonte Koch.

Mit dem kosmetischen Verdecken struktureller Mängel sei es heute nicht mehr getan. Vielmehr müsse die CDU jetzt zeigen, daß sie wichtige Strukturentscheidungen, die für alle in der Gesellschaft Umgewöhnung, Neuverteilung und Verantwortung und manchmal auch Verlust an Bequemlichkeit bedeuteten, treffen könne: „Wir werden kürzer treten müssen, aber die Volkspartei CDU mit Jungen und Alten, Arbeitnehmern und Unternehmern, beweist mit diesem Papier auf diesem Parteitag, daß wir Lösungen finden können, die auch in schweren Zeiten niemandem mehr zumuten, als er mit Anstrengung ertragen kann.“

Koch warnte vor der Illusion, kurzfristig alle Sorgen der Menschen um ihre Arbeitsplätze beseitigen zu können. „Wer aber alles so läßt wie es ist, der hat verloren“, stellte er fest. Nur wenn die CDU Mut und Entschlossenheit aufbringe, die Dinge durchzusetzen, dann könne Deutschland ein Land mit Wohlstand und sozialem Frieden sein.“

AUF IN DEN FAMILIEN SOMMER

CDU



▲ CDU-BEACH-VOLLEY

Bestell-Nr.: 9158

Verpackungseinheit: 1 Ball

Preis je Ball: 21,60 DM

▲ Aufkleber: Auf in den Familien-Sommer

Bestell-Nr.: 9941

Verpackungseinheit: 100 Expl.

Preis je 100 Expl.: 16,00 DM

Alle Preise zzgl. MwSt. und Versand*

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum

Postfach 11 64 • 33759 Versmold

Fax (0 54 23) 4 15 21

(*Bei Bestellungen bis zu einem Warenwert von 50 DM wird eine Versandkostenpauschale in Höhe von 5 DM erhoben.)



CDU-T-Shirt ►

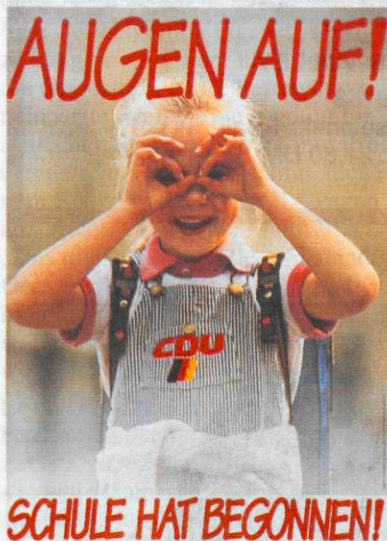
Bestell-Nr.: 9783

Verpackungseinheit: 1 Shirt

Preis je Shirt: 11,30 DM

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN

Alles für den Schulanfang



● Poster DIN A1: Augen auf

Planen Sie bereits jetzt Ihre Aktion zum Schulanfang, und überprüfen Sie Ihre Plakatständer und Mastanhänger auf Funktionstüchtigkeit, denn nach den großen Ferien gehen wieder viele Kinder zum ersten Mal ihren Weg zur Schule. Doch Kinder sind im Straßenverkehr oftmals unberechenbar.

Helfen Sie deshalb durch Ihre Aktion zum Schulanfang mit, die anderen Verkehrsteilnehmer zu warnen und dadurch zu besonderer Vorsicht zu veranlassen. Positionieren Sie jetzt entlang der Schulwege das Poster „Augen auf“ für die Sicherheit unserer Kinder.

Bestell-Nr.: 7441

Verpackungseinheit: 50 Expl.

Preis je 50 Expl.: 36,- DM

Alle Preise zzgl. MwSt. und Versand*

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum • Postfach 11 64 • 33759 Versmold • Fax (0 54 23) 4 15 21

UiD

19/1996

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (0228) 5440, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (0228) 53 07-0, Telefax (0228) 53 07-118/119. **Vertrieb:** Tel. (0228) 53 07-1 89. **Verlagsleitung:** Bernd Profitlich.
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 56,- DM. Einzelpreis 1,50 DM. **Herstellung:** vva Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.